



NEWSLETTER IV/2011

NORD|SÜD *news*



Foto: © Gerhard Dillger

Gewonnen: Selbstverwaltete Betriebe in Lateinamerika

„Empresas recuperadas“, „wieder gewonnene Betriebe“, werden sie am Rio de la Plata genannt: Ohne den traditionellen Chef arbeiten in Argentinien fast 200 Unternehmen. In Druckereien, Nahrungsmittelfabriken, Keramikbetrieben, Glasfabriken, Transportunternehmen oder Hotels haben rund 10.000 Menschen einen Job gefunden. Im kleineren Uruguay sind es über 20 Betriebe, vor allem Klein- und Mittelbetriebe mit weniger als hundert Beschäftigten. Sie wurden in der drohenden Pleite vor zehn Jahren von den Beschäftigten, häufig kämpferischen Gewerkschaftern, „zurückerobert“. Klassische Kooperativen haben schon eine längere Tradition in Lateinamerika: Sie wurden von Arbeitslosen, sozialen Bewegungen, staatlichen Stellen oder an Gemeineigentum Interessierten gegründet. Von ihnen gibt es Aber-tausende.

Ein Jahrzehnt ist es her: Am 19. Dezember 2001 wälzten sich in Buenos Aires Demonstrationen zum Präsidentenpalast. „Sie sollen alle abhauen“, skandierten Sprechchöre. Sie meinten die politischen Parteien. Einen Tag zuvor hatten Arbeiterinnen des Textilunternehmens Brukman die Fabrikhallen besetzt. Der Lohn war schon seit Wochen ausgeblieben, die Chefs hatten sich aus dem Staub gemacht. Kein Einzelfall: Der neoliberale Kahlschlag der 90er Jahre mündete in einen beispiellosen Crash. Fast die Hälfte der 37 Millionen Argentinier rutschte unter die Armutsgrenze. Auf der anderen Seite des Rio de la Plata, in Uruguay, sah es nicht viel besser aus: Eine Welt brach für den Mechaniker Carlos Alberto Rodriguez zusammen, als „seine“ Reifenfabrik FUNSA (Fabrica Uruguaya de Neumaticos S.A.), ein Markenzeichen der uruguayischen Industrie, dicht machte:

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Gewonnen: Selbstverwaltete Betriebe in Lateinamerika S.1

Kommentiert

- | Eine andere Produktionsweise S.2

Vorgestellt

- | Eddie Cottle, Walter Strasheim-Weitz S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Argentinien: Wem die Keramikfabrik gehört S.4
- | Brasilien, Interview: „Man muss neue Wege gehen!“ S.5
- | Thailand: Arbeiten mit Würde S.6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Indonesien: Soziale Sicherheit für alle S.7

Notiert

- | Länderprofil Kolumbien; Asiatischer Grundlohn; Solidarische Ökonomie; Weltweiter Aktionsplan; Leiharbeit eingrenzen; Impressum S.8



Fortsetzung von Seite 1

„Wir sind doch alle mit der Idee aufgewachsen, einen festen lebenslangen Arbeitsplatz zu haben nach dem Motto: Du arbeitest, du gehst in Rente. Alles ist sicher.“ Ein harter Kern der FUNSA-Arbeiter resignierte nicht und übernahm das Werk in Eigenregie, wie viele andere Kolleginnen und Kollegen am Rio de la Plata. Manche scheiterten: an mangelnder Finanzdecke, bürokratischen Hürden, ungeklärten Eigentumsverhältnissen, veralteten Maschinen, Absatzschwierigkeiten oder eigenen Unzulänglichkeiten. Mit einem Mal musste sich der Mann am Fließband um Rohstoffpreise, Kursentwicklung von Dollar und Euro, Marktstrategien kümmern – wie sein früherer Boss. Andere, wie in der Keramikfabrik in Patagonien, machten ihren Betrieb wieder flott und schufen auch noch zusätzliche Arbeit (siehe Bericht Seite 4).

Eine selbstverwaltete Fabrik sei „die schönste Utopie, die es auf der Erde gibt“, schwärmte Uruguays linker Präsident Pepe Mujica. Doch bei aller Begeisterung: nur wenige Kooperativen stellen das kapitalistische System in Frage oder wollen es gar überwinden. Die selbstverwalteten Fabriken sind voll in den kapitalistischen Markt integriert, auch wenn sie ein Stück solidarischer Ökonomie versuchen, als Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Armut. Konflikte bleiben nicht aus: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten – und gleicher Lohn? „Sobald man anfängt, die Gehälter zu differenzieren“, warnt Leo Fernandez vom selbstverwalteten Hotel „B.A.U.E.N.“ in Buenos Aires, „verabschiedet man sich auch von der Idee einer Kooperative.“ Kritiker dagegen meinen, ohne Unterschiede gebe es keinen Anreiz. Nicht einmal zur Weiterbildung, wenn sich das nicht in der Lohntüte widerspiegelt. Der eine rackert sich für den nunmehr eigenen Betrieb ab, andere schieben eine ruhige Kugel. Jüngere seien bei Lohnfragen hellwach, hat FUNSA-Sprecher Enrique Romero beobachtet, aber zeigten wenig Interesse bei Fragen, die über das Fabriktor hinauswiesen: Der vom Individualismus geprägte Neoliberalismus „zeigt Wirkung“. Auf der anderen Seite haben viele wieder gewonnene Betriebe ihre Fabrikttore für die Nachbarn im Stadtteil geöffnet. Neben Gesundheitsstationen sind Kulturzentren in leer stehenden Hallen entstanden: für Ausstellungen, Workshops, Weiterbildung, Filmvorführungen und Musikveranstaltungen. Besonders erfolgreich ist IMPA, ein „zurück gewonnenes“ Aluminium-Unternehmen in Buenos Aires, das auch wirtschaftlich großen Erfolg hat. IMPA ist „offen für alle, die Solidarität als Richtwert für Produktion und Aktivitäten voranstellen.“

Karl Ludolf Hübener



Der Autor ist freier Journalist in Uruguay.

Weitere Informationen: lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/1070.html

Eine andere Produktionsweise

Gemeinsam kooperativ wirtschaften, das wirtschaftliche Unternehmen selbstverwalten, das Gemeinwesen nicht aus den Augen verlieren, ökologisches Bewusstsein nutzen, um die Allmende lokal, regional und global wahrzunehmen, sie nicht kurzfristigen Überlegungen zu opfern – das ist heute die Chance solidarischer Wirtschaftsunternehmen.

Denn der Kapitalismus ist nicht fähig, die Menschen zu integrieren. Das erleben wir heute einerseits bei Insolvenzen und andererseits bei einem wachsenden Heer von prekär Beschäftigten und arbeitslosen Menschen. In vielen Ländern haben Belegschaften insolventer Unternehmen – oft von ihren Kommunen oder auch von ihrer Regierung unterstützt – die Unternehmen in eigener Regie übernommen und häufig erfolgreich in ein Gemeinschaftsunternehmen überführt. Andererseits beginnen diejenigen, die ohne eine Arbeit sind, die ihre Reproduktion ermöglicht, sich zu organisieren und selbstverwaltete Unternehmen aufzubauen. Beraterteams entstehen in Kirchen, Gewerkschaften und Universitäten sowie in Nichtregierungsorganisationen z. B. in Brasilien.



Foto: © privat

Clarita Müller-Plantenberg

Diese Keimzellen einer anderen Produktionsweise beginnen, nicht nur nach innen solidarische Beziehungen aufzubauen, sondern auch nach außen. Sie schließen sich in lokalen Ökonomien, in Netzen und Ketten zusammen, kommunizieren intensiv über den gemeinsamen Aufbau einer Wirtschaft, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht und über die Bedingungen, unter denen die regionalen Ökosysteme schützend genutzt werden

können. Die Berater der Gründungsprozesse, die solidarischen Wirtschaftsunternehmen und staatliche Vertreter in übergeordneten Verwaltungsgebieten haben sich in Brasilien in Foren zusammengeschlossen und national vernetzt; sie haben eine nationale Vertretung in einem Ministerium erkämpft und verteidigen diese Möglichkeit: Das macht den Charakter eines anderen Weges, der Wirtschaftsdemokratie und gesellschaftlichen Naturbezug zum Ausgangspunkt hat, deutlich. Einige zentrale Schritte sind hier immer wieder zu erkennen, obwohl kein Prozess des Aufbaus Solidarischer Ökonomie modellhaft dem anderen gleicht: Wichtig ist eine je spezifische Gründungsberatung der Gruppen, die ein gemeinsames Unternehmenskonzept aus der Arbeitslosigkeit heraus entwickeln oder für vorhandene insolvente Unternehmen ein gangbares Konzept ausarbeiten wollen. Das geschieht zum Beispiel mit Unterstützung von ANTEAG oder UNISOL in Brasilien (siehe Interview Seite 5) oder der Nationalen Bewegung zur Rückeroberung der Unternehmen (MNER) in Argentinien. Es geht auch um eine Kartierung der Solidarischen Ökonomie, die schon existiert, um miteinander regional gemeinsame Interessen zum Tragen kommen zu lassen. Das ermöglicht die gemeinsame Einforderung und Erkämpfung sinnvoller Rahmenbedingungen für eine gesellschaftlich gerechte, naturerhaltende Strategie für die Zukunft.

Auch grenzübergreifend entsteht Handel und Technologietransfer zwischen solidarischen Wirtschaftsunternehmen. Dazu gehören die Gründung eines Gemeinschaftsfonds zwischen solidarischen Wirtschaftsunternehmen Brasiliens und Kanadas oder die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen einer Kooperative in Argentinien mit einer Kooperative in Thailand (s. Bericht Seite 4), über die auch wesentliche gesamtgesellschaftliche Lernprozesse über den Umgang mit Migranten aus den Nachbarländern (Bolivien bzw. Burma) ausgetauscht werden. Es geht um eine Zukunft, in der alle in die Gesellschaft integriert werden. Eine Inklusion der aus ihren Ländern Verdrängten entspringt demselben Motiv einer mit Mensch und Natur solidarischen, selbstverwalteten, demokratischen Zukunft. Es geht um das gute Leben, um eine nachhaltige Entwicklung.

Clarita Müller-Plantenberg



Die Autorin war bis 2009 Professorin für Soziologie an der Universität Kassel

Weitere Informationen: www.solidarische-oekonomie.de, www.vfsoe.de

**Eddie Cottle**

„Arbeiter ermutigen mich“

Für Eddie Cottle gibt es keine Pause zwischen den Fußballweltmeisterschaften. Im Gegenteil. Gleich nach der WM am Kap 2010 hat der Südafrikaner erneut Anlauf genommen, damit für die Arbeiter in Brasilien 2014 kein ganz neues Spiel angepöfiffen wird: der Mitarbeiter der Bau- und Holzarbeiterinternationale für Afrika und den Mittleren Osten will dafür sorgen, dass sie an den Erfolgen der südafrikanischen Kollegen anknüpfen können. Die hatten mit ihren Streiks auf den Baustellen der WM-Stadien immerhin Mindestlöhne und etwas mehr Sicherheit durchgesetzt. Für sie hat der 43jährige damals vermittelt, davon berichtete er bei einem Treffen mit südafrikanischen, brasilianischen und deutschen Aktivisten in Königswinter im September. Eddie Cottle kam müde dort an. Er hatte einen 33-Stunden-Flug hinter sich, war noch eben über die Ukraine gereist, um mit Bauarbeitern dort die Europameisterschaften im nächsten Jahr vorzubereiten. Über deren Arbeitsbedingungen war er entsetzt: „Um Gesundheit und Sicherheit ist es schlechter bestellt als in Südafrika. Zehn Arbeiter sind bereits um-

gekommen. In Südafrika starben während der ganzen Zeit nur zwei.“

Eddie Cottle hat sich schon als Schüler mit streikenden Arbeitern solidarisiert. Damals herrschte am Kap noch Apartheid. Für die südafrikanische Gewerkschaft im Handelssektor hat er geforscht; ein Netzwerk von ländlichen Entwicklungsorganisationen hat er jahrelang geleitet. „Ich mag gern mit Arbeitern zu tun haben“, sagt der Intellektuelle, der vor 20 Jahren ein Studium in Geographie und Umweltwissenschaften abgeschlossen hat. „Sie ermutigen mich“. Es sind die Menschen, unter denen er aufgewachsen ist: geboren im „District Six“, einem einst gemischten und im Rahmen der Apartheidpolitik aufgelösten Viertel mitten in Kapstadt, wurde seine Familie ins Arbeiterviertel Athlone umgesiedelt. Als der Afrikanische Nationalkongress noch verboten war, engagierte sich Cottle in den 80er Jahren im ANC-nahen Jugendkongress. In der Studentenbewegung trat er später für die Demokratisierung der Universitäten im neuen Südafrika ein. Heute fühlt er sich inspiriert



Foto: © Dieter Simon

Eddie Cottle

von den Demokratiebewegungen in Nordafrika: „Veränderungen geschehen, wenn man nicht damit rechnet“, sagt der erfahrene Aktivist. „Aufgeben werde ich nie“.

Sigrid Thomsen

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.

 Weitere Informationen: www.bwint.org

Walter Strasheim-Weitz

„Ich hake mich fest“

Wer sein schallend fröhliches Lachen hört, ahnt, welche Energien in Walter Strasheim-Weitz, dem nicht freigestellten Betriebsrats-Vorsitzenden von hessnatur, stecken. Der 49jährige Finanzbuchhalter und zweifache Familienvater hat seine Stimme nicht nur dem Abwehrkampf gegen den Verkauf des Öko-Textil-Unternehmens an den US Finanz- und Rüstungsinvestor Carlyle geliehen. Als Mitgründer und Vorstandsmitglied der Genossenschaft hnGeno, die hessnatur kaufen will, steht er mit seiner Person und viel Herzblut auch für die Entwicklung einer positiven Alternative.

„Bei hessnatur gibt es über die ökologischen und sozialen Unternehmensziele eine starke Bindung zwischen Mitarbeitern, Kunden und Externen“, erklärt Strasheim-Weitz. Die Umsetzung dieser Ziele gilt als vorbildlich: Unabhängige Audits über die Zusammenarbeit mit der Fair Wear Foundation und unter Beteiligung des Betriebsrats, ein eigenes internes Kontrollmanagement sowie sozial-ökologische Projekte in Ländern des Südens garantieren, dass die von hessnatur vertriebenen

Produkte unter fairen sozialen Bedingungen hergestellt werden. Die hnGeno hat inzwischen bereits weit über 2.000 Mitglieder mit einem Kapital von mehr als drei Millionen Euro, sowie Banken, die den Kauf von hessnatur mittragen. In seiner Betriebsratsarbeit lässt sich Strasheim-Weitz von der Überzeugung leiten, dass man sein Ziel „mit sanften Mitteln eher als mit Brachialgewalt erreicht.“ Als bodenständig kämpferisch-beherrlich beschreibt er sein Naturell: „Ich hake mich mit allem fest und kämpfe weiter.“ Schon als Junge sei er vor Größeren nicht zurückgewichen. In den 1960er Jahren in einem oberhessischen Dorf als uneheliches Kind in bescheidenen Verhältnissen aufzuwachsen, war nicht einfach. Aber mit der Förderung durch gute Lehrer schaffte er das Abitur. Danach wollte er arbeiten, unabhängig sein, machte eine kaufmännische Ausbildung bei einem Zeitschriften-Vertrieb in Frankfurt und arbeitete als Buchhalter. Seit 1992 ist er bei hessnatur und zurück in seiner oberhessischen Heimat. Seine freie Zeit nutzt Strasheim-Weitz auch, um seine Naturverbundenheit auszuleben.



Foto: © Petra Weitzel

Walter Strasheim-Weitz

Den genossenschaftlichen Gedanken setzt er auch privat um: Bis zu 800 Liter Apfelwein und Apfelsaft und ein Kelterfest macht er jedes Jahr für und mit Freunden, Verwandten und Bekannten.

Renate Hebauf

 Die Autorin ist freie Journalistin in Frankfurt.

 Weitere Informationen: www.hngeo.de



Wem die Keramikfabrik gehört

Die Belegschaft hat eine bankrotte Keramikfabrik in Argentinien besetzt und gerettet. Ihre Bilanz nach zehn Jahren: mehr Arbeitsplätze und Demokratie im Betrieb.

„Unsere Fabrik, die vor dem Nichts stand, hat Geschichte geschrieben“, begeistert sich Raúl Godoy, einer der tonangebenden Arbeiter der Kooperative „FaSinPat“ in Neuquén im argentinischen Patagonien. Die Abkürzung steht für „Fabrica sin Patrón“, „Fabrik ohne Chef“. „Heute ist das Unternehmen endlich enteignet worden“, freute sich Godoy nach einem langjährigen Kampf, der im Krisenjahr 2001 begann. Da hieß die Keramikfabrik noch „Zanon“, benannt nach ihrem vormaligen Besitzer Luigi Zanon. Der italienische Unternehmer hatte das Unternehmen 1979 unter der Militärdiktatur gegründet. Er dankte den Diktatoren dafür, dass „Investitionen in Argentinien sicher sind.“ Sicherheit galt weniger für die Arbeiter: Jährlich gab es etwa 300 Arbeitsunfälle, einige mit tödlichem Ausgang.

Großzügig auch später mit weichen staatlichen Krediten unterstützt, ging „Zanon“ dennoch im Krisenjahr 2001 pleite. Aber 271 Beschäftigte wehrten sich dagegen, dass im bis dahin modernsten und größten Keramikwerk Lateinamerikas die Öfen ausgingen. Sie besetzten die Fabrik. Schon im nächsten Jahr lieferten sie die erste Produktion aus. Bezahlt wurde mit Brot. Das selbstverwaltete Unternehmen erwies sich bald als rentabel. Da versuchte Luigi Zanon, seine Eigentumsrechte geltend zu machen. Vergeblich. „Ceramica Zanon es de los obreros“ – „Die Keramikfabrik gehört den Arbeitern“ stand da schon auf einem großen Fabrikschild am Eingang. Freunde hat „FaSinPat“ vor allem unter den Nachbarn der Fabrik gewonnen. So beschloss die Vollversammlung, ein Gesundheitszentrum in

einem angrenzenden Armenviertel zu bauen. Fliesen schenkte „FaSinPat“ mehreren Gemeindezentren. Eine Bibliothek lädt im Werk zum Lesen ein. „Die Fabrik gehört dem Volk“ erfahren die Kleinsten in einem Kinderbuch. Solidarität demonstrierten bekannte Menschenrechtler und Schriftsteller. Das selbstverwaltete Unternehmen bewiese, so der brasilianische Befreiungstheologe Leonardo Boff bei einem Besuch in Neuquén, „dass demokratische Produktionsprozesse möglich sind“. Bislang „ende die Demokratie stets am Fabrikator.“



Foto: © Oriana Elkabe, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

In der Nachbarschaft wird für die Fabrik geworben.

Ein rotes Tuch ist das Arbeiterkollektiv dagegen für den mächtigen peronistischen Gewerkschaftsbund CGT, weil „die von Klassenkampf reden.“ Tatsächlich geht es den „Arbeitern ohne Boss“ nicht nur um die Rettung von Arbeitsplätzen, sondern auch um eine andere Gesellschaft. Der autoritär geführte Gewerkschaftsbund kann sich auch nicht mit der „direkten Demokratie“ in der Fabrik anfreunden. Dort haben alle die gleichen Rechte, gleiches Stimmrecht in der Vollversammlung. Auch der Lohn ist gleich. Wenn der Verkaufserlös steigt, werden nicht unbedingt die Löhne erhöht, sondern weitere Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter hat sich



Foto: © Oriana Elkabe, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

Direkte Demokratie: bei der Vollversammlung haben alle Arbeiter gleiches Stimmrecht.



Foto: © Oriana Elkabe, flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0

Selbstverwaltung hat bei Zanon Arbeitsplätze geschaffen.

inzwischen auf 470 erhöht und damit fast verdoppelt. Um die Bildung einer Funktionärskaste zu vermeiden, gilt das Rotationsprinzip bei Posten in Verwaltung und Betriebsgewerkschaft. Raúl Godoy, einer der auch international bekannten Anführer, ist nach der Enteignung wieder an seinen alten Arbeitsplatz zurückgekehrt.

Karl Ludolf Hübener



Der Autor ist freier Journalist in Uruguay.



Weitere Informationen: www.freitag.de/politik/1113-zanon-oder-heimweh-nach-der-zukunft

Kritische Fragen

„Kooperativen sind in Arbeitswelt und Gewerkschaftszentrale nie mit Wohlwollen wahrgenommen worden“, behauptet der Gewerkschafter Luis Romero aus Uruguay. Das mag für einen Teil der südamerikanischen Gewerkschaften gelten. Doch viele Betriebsbesetzer haben in ihrem Kampf um selbstverwaltete Arbeit entschiedene Solidarität von Gewerkschaftskollegen erfahren. Das schließt kritische Fragen nicht aus: Wie kommen Kooperativen im Kapitalismus zurecht – mit ganz anderen Zielen und Ansprüchen? Sind ihre Mitglieder Arbeiter oder Bosse?

Eigene Erfahrungen hat Alejandra Pico als Mitglied einer Textilköoperative gesammelt: „Wir wollten alle Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel den Gesundheitsschutz, und gleichzeitig auch noch gute Gehälter zahlen. Oft hieß es dann: Das geht nicht.“ Ernüchtert müssten manche Kooperativen feststellen, „dass sich unsere Einkommen nicht sonderlich von Niedriglöhnen im selben Wirtschaftssektor unterscheiden. Und dann gibt es keinen Chef mehr, bei dem man sich beschweren könnte!“ Pico ist heute Mitarbeiterin des Bildungsinstituts „Cuesta Duarte“ des uruguayischen Gewerkschaftsbundes PIT-CNT, das selbstverwaltete Betriebe in Marketingstrategien berät. (KLH)



„Man muss neue Wege gehen!“

Der Chemiker Gilson de Jesus Gonçalves, 44, ist Chef der Kooperative Unipol im südbrasilianischen Joinville und Schatzmeister des brasilianischen Dachverbands Unisol, dem 25 von landesweit rund 130 selbstverwalteten Fabriken angehören. Unisol wurde 2000 im Umfeld der Metallarbeitergewerkschaften im Großraum São Paulo gegründet.

Herr Gonçalves, wie funktioniert die Beratung von pleite gegangenen Unternehmen, die von der Belegschaft übernommen werden?

Wir haben Techniker, Juristen und Buchhalter. Oft werden wir von befreundeten Politikern auf solche Fälle aufmerksam gemacht. Wenn die Arbeiter das wollen, steigen wir ein und helfen ihnen beim Aufbau einer Kooperative. Wir von der Plastikfirma Unipol zum Beispiel hatten keine Ahnung vom Kooperativismus. Als wir uns 1997, nach der Pleite, in Brasília nach Mitteln umsahen, bekamen wir den Hinweis auf Unisol. Die haben uns auf allen Gebieten beraten und Schulungen organisiert. Der Dachverband arbeitet also von Anfang an mit und begleitet die Kooperativen auch später durch Kurse und politische Lobbyarbeit.



Berät Kooperativen: Gilson de Jesus Gonçalves

Was sind denn die größten Schwierigkeiten beim Prozess, ein selbstverwaltetes Projekt auf die Beine zu stellen?

Viele. Es wird zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert, also in technologische Innovation. In einer Konkursfirma gibt es ja nicht nur heruntergewirtschaftete Maschinen. Das wichtigste ist der Erhalt der Arbeitsplätze, aber oft hinkt die



Arbeitsplätze erhalten: die selbstverwaltete Kühlerfabrik Cooperzago in Porto Alegre

Belegschaft den Erfordernissen des Marktes um 15 oder 20 Jahre hinterher. Der Übergang von einer Pleitefirma zu einem modernen Unternehmen ist sehr kompliziert.

Und wie sieht es mit dem Geld aus?

Ja, das Hauptproblem ist es, an Kredite zu kommen. Brasilien hat es immer noch nicht geschafft, eine angemessene öffentliche Politik für Kooperativen zu entwickeln. Das gültige Gesetz stammt aus dem Jahr 1971, Neuerungen werden im Parlament blockiert.

Warum?

Das ist Interessenpolitik. Auch wenn die Arbeiter nur einen kleinen Marktanteil wollen, ist das der Industrie schon zu viel. Für herkömmliche Firmen ist es viel leichter, an Kredite zu kommen.

Und warum springt die Nationale Entwicklungsbank BNDES nicht ein, die in Brasilien und Südamerika Milliardenanleihen an transnationale Konzerne vergibt?

Das scheitert am Kleingedruckten. Firmen, die in größten Schwierigkeiten stehen, können die Auflagen einfach nicht erfüllen. Bei allen Fortschritten, die wir unter Präsident Lula und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff gesehen haben, sind wir noch im Nachteil. Viele Technokraten verstehen schlichtweg den Kooperativismus nicht. Wir wollen ja keine Spenden, sondern nur eine differenzierte Sichtweise.

Gibt es Alternativen?

Zusammen mit Desjardins, den kanadischen Kreditgenossenschaften, möchte Unisol nächstes Jahr einen Fonds mit neuen Kriterien für selbstverwaltete Projekte einrichten, umgerechnet zwölf Millionen Euro, das ist ein Anfang. Und natürlich bleiben wir mit der Regierung im Gespräch.

Was ist das Erfolgsgeheimnis von Unipol und anderen Kooperativen, die sich behaupten können?

Man muss neue Wege gehen!

 Das Gespräch führte Gerhard Dilger, freier Journalist in Brasilien.



„Solidarität der Metallarbeiter“ für die Kühlerfabrik



Arbeiten mit Würde

Eine Nähkooperative in Thailand teilt seit acht Jahren Gewinn und Verlust. Jetzt hat sie Kontakt nach Argentinien – und hilft den eigenen Landsleuten bei der Flut aus der Not.

Das Transparent mit den hastig geschriebenen Worten in Thai hängt noch immer über der Fabrik der Kooperative „Dignity Returns“. Es fordert die Bewohner von Bangbon, einem Arbeiterviertel der Hauptstadt Bangkok, zum Spenden von Dosenfisch, Reis und Wasser auf. Auch Medikamente sind für die Nothilfe bei der Flut willkommen. Vor einer Woche haben Mitglieder der Nähkooperative solche Spenden verpackt und zum buddhistischen Tempel Siguc zum Verteilen gebracht. Für diese Nothilfeaktion haben sie ihren freien Sonntag hergegeben. Hilfe und Solidarität haben in den letzten acht Jahren auch ihnen das selbständige Betreiben ihrer Fabrik ermöglicht. Der Name ihrer Kooperative heißt übersetzt „Die Würde kehrt zurück“.



Foto: © Dignity Returns

Demonstration gegen Entlassungen bei Textilfabrik

„Das ist es, was ‚Würde‘ wirklich bedeutet – die Hände frei zu haben zum Helfen in dieser Krise“, sagt Tippawan Chalerd, Mitglied der Fabrik seit ihrer Gründung. „Das Arbeiten in einer selbstverwalteten Kooperative gibt uns die Flexibilität zu helfen, wie andere Arbeiter das leider nicht können.“ Tippawan ist erst vor Kurzem aus ihrer Heimatstadt in Thailands verarmter Provinz Isaan zurückgekehrt. Ihren zehnjährigen Sohn hat sie dort in der Obhut ihrer Eltern gelassen; jeden Monat schickt sie ihnen Geld. So kann sie an einem Experiment der Arbeiterselbstverwaltung teilnehmen, das selten ist in Thailand, wo es mit der Durchsetzung von Arbeitsrechten nicht weit her und Gewerkschaftsaktivität begrenzt ist. Die Kooperative „Dignity Returns“ wurde 2003 von Arbeiterinnen von Bed and Bath gegründet, einer



Foto: © Dignity Returns

In der Werkstatt von „Dignity Returns“ werden Hemden und Taschen genäht.

großen Bekleidungsfabrik in Bangkok. Sie stellte Kleidungsstücke für Weltmarken wie Nike, Umbro, Adidas und Gap her – unter unzumutbaren Bedingungen. Manchmal haben Vorgesetzte den Arbeiterinnen Aufputzmittel gegeben, damit sie die Produktionsvorgaben rechtzeitig schafften. Als der Besitzer die Fabrik schloss und sich ins Ausland absetzte, ohne seinen tausenden Beschäftigten ihre Löhne zu bezahlen, haben Arbeiterinnen monatelang protestiert und Kompensation verlangt. Ein paar dutzend von ihnen waren durch die neu erfahrene Solidarität so begeistert, dass sie die Solidarische Fabrik ins Leben riefen. Später wurde sie in „Dignity Returns“ umbenannt. Sie stellt T-Shirts aus Baumwolle her, Hüte, Taschen und andere Dinge. Zu den Kunden gehören eine militante Thai Gewerkschaft, eine australische Menschenrechtsorganisation und eine norwegische Firma für Sportbekleidung. Boonyoon Sukmai, Schriftsteller und Koordinator des Thailändischen Gewerkschaftsbundes (TCLU): „Wir bestellen bei Dignity Returns aus Solidarität, denn wir sympathisieren mit ihrem Kampf, wir wissen, wie hart sie arbeiten und schätzen ihr Engagement.“ Im März 2010 nahm „Dignity Returns“ eine partnerschaftliche Beziehung zur Kooperative La Alameda in Buenos Aires auf. Drei Monate später haben die beiden Kooperativen die Marke „No Chains“ herausgebracht. Sie bietet unter annehmbaren Arbeitsbedingungen produzierte T-Shirts an, entworfen von Künstlerinnen und Künstlern aus Argentinien, Hongkong, Indonesien, Korea und den Vereinigten Staaten. Boosaba Meechai, Gründungsmitglied von „Dignity Returns“: „Die Partnerschaft hat beide Seiten viel gelehrt. La Alameda's Einsatz für Migranten aus Bolivien erinnert uns an ähnliche Kämpfe burmesischer Migranten hier in Thailand. Es lässt uns nachdenken über unser eigenes Engagement. Menschen

sind wir schließlich alle.“ In den letzten beiden Jahren waren die ökonomischen Bedingungen schwierig. Boosaba macht sich Sorgen über die schwankenden Preise von Stoffen, Garn und anderen Materialien. Alle Einkünfte und Verpflichtungen der Fabrik werden unter den Mitgliedern

geteilt. Normalerweise liegen ihre Löhne höher als die der meisten Bekleidungsarbeiterinnen in Thailand, doch während der mageren Monate haben auch sie für verringerte Einkommen gearbeitet. „Genau deshalb ist unsere demokratische Entscheidungsfindung für das Verwalten der Fabrik so bedeutend“, sagt Boosaba. „Es ist wichtig, dass alle Mitglieder ihre Sorgen äußern, damit wir nicht nur unter würdevollen Bedingungen arbeiten, sondern auch überleben.“

Sakarit Gunkarn



Der Autor arbeitet als freiwilliger Übersetzer für

Dignity Returns in Bangkok; Übersetzung: Sigrid Thomsen



Weitere Informationen: www.dignityreturns.com



Foto: © Dignity Returns

Solidarität begeistert: Protest gegen Schließung



Soziale Sicherheit für alle

In Indonesien wird es erstmals soziale Sicherheit für alle geben. Bisher hatte über die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang. Jetzt hatten die Gewerkschaften Erfolg.

Tausende Arbeiter hatten die ganze Nacht vor dem Parlamentsgebäude in Jakarta ausgeharrt, bis die gute Nachricht kam: am 28. Oktober haben Parlament und Regierung dem Gesetz zur Bereitstellung sozialer Sicherheit endlich zugestimmt. Gewerkschaften mit Hunderttausenden von Mitgliedern in verschiedenen Regionen des Landes hatten sich dafür mehr als ein Jahr lang eingesetzt.

kamen nicht voran. Das derzeitige System der sozialen Sicherung ist diskriminierend, denn es gilt nur für 47 Prozent der Bevölkerung: formal Beschäftigte, öffentlich Bedienstete, Mitglieder von Militär und Polizei und Arme, die Sozialhilfe bekommen. Es ist begrenzt, denn selbst formal Beschäftigte kommen nur in den Genuss der Leistungen, solange sie Arbeit haben. Die Fonds zur sozialen Sicherung arbeiten gewinnorientiert und werden keiner ordentlichen öffentlichen Prüfung unterzogen. Abgesehen von öffentlich Bediensteten und Mitgliedern von Militär und Polizei haben nur ein Prozent der Beschäftigten im for-

schern, Studenten und Nichtregierungsorganisationen. Das Komitee hat die Regierung gedrängt, die Reform zur sozialen Sicherung von 2004 zu verwirklichen und dafür sogar einen Prozess angestrengt. Dabei hat TURC die führende Rolle gespielt. Am 13. Juli 2011 gab das Gericht der Klage Recht. Die Regierung war verpflichtet, Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über soziale Sicherheit zu beschließen.

Angesichts der Zersplitterung und des faktisch schwachen Einflusses von Gewerkschaften in der indonesischen Gesellschaft hat sich das KAJKS auch als eine alternative Art der Organisation von Gewerkschaften erwiesen. Es hat die Arbeiterbewegung für eine Reformagenda zur sozialen Sicherung für die ganze Gesellschaft zusammen gebracht. Hier haben Gewerkschaften sich vielleicht zum ersten Mal über ihre traditionellen Themen wie Löhne und Arbeitsbedingungen hi-



Foto: Maxie Kalangi/FSPMI

Auf dem „langen Marsch“ für soziale Sicherheit in Indonesien: Demonstration des Aktionskomitees KAJKS

Sie sind im Aktionskomitee für Soziale Sicherheit (KAJS) zusammengeschlossen, dem auch das vom DGB Bildungswerk BUND unterstützte Zentrum für Gewerkschaftsrechte TURC angehört. Zwei Institutionen sollen nach dem neuen Gesetz für soziale Sicherheit sorgen, die Sozialversicherungskörperschaften (BPJS) I und II. Die erste soll vom 1. Januar 2014 an die allgemeine Gesundheitsversorgung aller Indonesier verwalten. Die zweite wird für Alter und Renten und Arbeitsunfälle zuständig sein, auch solche mit tödlichem Ausgang, und beginnt ihre Arbeit spätestens im Juli 2015. Programme der bestehenden Sozialversicherungsgesellschaften werden in die neuen Körperschaften integriert.

Zum ersten Mal geht Indonesien damit auf ein universelles System sozialer Sicherung zu. Das ist eine historische Errungenschaft. Indonesien ist mehr als drei Jahrzehnte zurückgeblieben, denn viele Amtsträger und Experten betrachteten soziale Sicherheit als Wohlfahrtsprogramm für Arme. Die systematischen Bemühungen zur Bereitstellung sozialer Sicherheit für die gesamte Bevölkerung

malen Sektor Anspruch auf Alterssicherung. Der informelle Sektor wird überhaupt nicht bedacht; dort aber leben 70 Prozent der Arbeitskräfte unter prekären Bedingungen. Nach einer Studie von 2009 haben 150 Millionen Menschen in 44 Millionen Haushalten in Indonesien finanzielle Probleme, weil sie so viel für Gesundheit ausgeben müssen. 25 Millionen Haushalte oder mehr als 100 Millionen Menschen sind wegen der hohen Gesundheitskosten armutsgefährdet.

Ein grundlegendes Gesetz zur sozialen Sicherheit hatte das indonesische Parlament bereits im Jahr 2004 verabschiedet. Ohne das neue Bereitstellungsgesetz mit seinen Ausführungsbestimmungen konnte es jedoch bisher nicht umgesetzt werden. Die enorme Verzögerung im Gesetzgebungsprozess, teils durch Vorbehalte auf Seiten einiger Versicherungsgesellschaften begründet, hätte das Gesetz beinahe hinfällig gemacht. Deshalb wurde im März 2010 das Aktionskomitee für Soziale Sicherheit KAJKS gegründet. Inzwischen gehören 68 soziale Organisationen dazu, darunter Gewerkschaften, Organisationen von Bauern, Fi-

naus bewegt. Jetzt will das Aktionskomitee eine Monitoring-Gruppe zur Beobachtung der neuen Institutionen für die Bereitstellung sozialer Sicherheit ins Leben rufen.

Surya Tjandra



Der Autor ist Leiter des gewerkschaftlichen Rechtsberatungszentrums TURC in Indonesien; Übersetzung und Bearbeitung: Sigrid Thomsen



Weitere Informationen: www.nord-sued.netz.de/projekte/indonesien



Foto: Maxie Kalangi/FSPMI

Anhörung zum Prozess über soziale Sicherheit



Länderprofil Kolumbien

In der Reihe „Länderprofil“ bringt das DGB Bildungswerk BUND zum Jahresende eine Broschüre über Kolumbien heraus. Auf insgesamt 68 Seiten geht es um die Geschichte und Gesellschaft des Landes, das als weltweit gefährlichster Ort für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gilt. Experten von Hilfswerken, Stiftungen, Gewerkschaften und Universitäten sowie freie Journalisten schreiben über die Landfrage, die Medien, die Außenpolitik und die Beratungen Kolumbiens mit der Europäischen Union über ein Freihandelsabkommen sowie über Kampagnen, die sich dagegen richten. Ein eigenes Kapitel nimmt die Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften unter die Lupe: Genossenschaften und Kooperativen, prekäre Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit werden ebenso aufgenommen wie die Situation in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Über die Projekte und Partner des DGB Bildungswerk BUND in Kolumbien berichtet José Luciano Sanín Vásquez von der Gewerkschaftsschule in Medellín. Das Heft erscheint unter dem Titel „Länderprofil Kolumbien – Licht am Ende des Tunnels im Bürgerkriegsland? Annäherung und neue Freiräume nach der Ára Uribe“. Die Broschüre kann im Internet heruntergeladen werden unter:



www.nord-sued-netz.de



Asiatischer Grundlohn

Über Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie und das Konzept eines asiatischen Grundlohns diskutieren zwei Vertreterinnen der Organisation „Globalisation Monitor“ aus Hongkong Anfang Dezember in mehreren deutschen Städten sowie in Schweden, Österreich und der Tschechischen Republik. May Wong und Rena Lau haben in

und Surfbekleidungsfirmen recherchiert. „Die Menschen werden ausgebeutet. Sie arbeiten 14 bis 16 Stunden am Tag und erfüllen ein hohes Stückesoll. Nur so können sie genug verdienen, um über die Runden zu kommen“, berichtet Wong. Oft gefährde die Arbeit die Gesundheit. Beschäftigte seien nicht versichert und hätten oft nicht einmal einen Vertrag. Firmen wie Billabong, Ripcurl und Nitro profitierten von den billigen Löhnen in China, Indien und Vietnam, heißt es in einer Pressemitteilung der Hilfsorganisation Inkota. Sie hat die Aktivistinnen zusammen mit der Kampagne für Saubere Kleidung eingeladen.



Weitere Informationen: www.inkota.de

Solidarische Ökonomie

Der Auftakt zur Bildung eines Netzwerks Solidarische Ökonomie in Deutschland ist vom 2. bis 4. März in Kassel geplant: Dazu soll das „Forum für Solidarische Ökonomie – Kultur der Kooperation“ an der Universität genutzt werden. Solidarische Betriebe und Projekte sowie Organisationen von Konsumentinnen und Unterstützern könnten damit vorhandene Strukturen besser nutzen und ihre Rahmenbedingungen verbessern, heißt es in einer Ankündigung auf der Internetseite „solidarische-oekonomie.de“. Geplant sind ein Podium „Wege zu einer Kultur der Kooperation“, an dem unter anderem Professor Dr. Clarita Müller-Plantenberg teilnehmen wird, und ein weiteres Podium „Solidarische Ökonomie in Europa“. Zum Workshop-Programm können noch Vorschläge gemacht werden.



Weitere Informationen: www.solidarische-oekonomie.de

Weltweiter Aktionsplan

Der internationale Dachverband der Chemie-, Energie und Bergbaugewerkschaften ICEM hat bei seinem Kongress in Buenos Aires Ende November einen Aktionsplan verabschiedet. Er fordert die Regierungen zur Regulierung der Finanzmärkte und zum Verbot von Finanzinstrumenten „ohne verifizierbare reale Gegenwerte“ auf. „Die Banken haben das Kasino wieder eröffnet, als habe es 2008 keine Krise gegeben“, kritisierte ICEM-Generalsekretär Manfred Warda. Er kündigte auch verstärkte Bemühungen um mehr Arbeitssicherheit im Bergbau an. Darüber hinaus verpflichtet sich die ICEM in ihrem Aktionsplan zum „Kampf gegen Zeit- und Leiharbeit und andere Formen der prekären Beschäftigung“, wie es in einer Pressemitteilung der IG Bergbau Chemie Energie heißt.

Leiharbeit eingrenzen

Mit den Bedingungen von Leiharbeit in Brasilien und Deutschland wollen sich Beteiligte an gewerkschaftlichen Netzwerken in beiden Ländern stärker auseinandersetzen. Das haben sich Teilnehmende der Brasilien-Tagung des DGB Bildungswerk BUND im November in Hattingen vorgenommen. Leiharbeit müsse zurückgedrängt oder stark verteuert werden, hieß es; dafür sollen künftig Informationen ausgetauscht und nationale Aktionen wechselseitig unterstützt werden. Zu dem Treffen waren 18 Kolleginnen und Kollegen aus den Chemie- und Metallgewerkschaften des brasilianischen Dachverbands CUT nach Deutschland gekommen. José Drummond, der für die CUT gewerkschaftliche Netzwerke in multinationalen Unternehmen koordiniert, hob die Stärkung des sozialen Dialogs in Brasilien hervor: Dafür seien gesetzliche Reformen erforderlich, unter anderem Organisationsfreiheit und ein Recht der Arbeitnehmenden auf Information. In Brasilien gebe es gewerkschaftliche Netzwerke bereits in zahlreichen multinationalen Unternehmen.



Teilnehmer der Brasilien-Tagung in Hattingen

Foto: © Florine Beyer

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Sigrid Thomsen
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.